

# Geschäfte tarnen

**Bankenabgabe** » Experten arbeiten schon daran, wie sich Geldhäuser vor der Zahlung drücken können - mit Erfolg.

Noch hat der Bundestag das Gesetz über die Bankenabgabe nicht beraten, da arbeiten in der Finanzbranche schon Expertenstäbe daran, wie sich die geplante Vorschrift umgehen lässt. Damit gerät das Ziel der Bundesregierung in Gefahr, mit der Abgabe jährlich rund 1,2 Milliarden Euro für einen Bankenrettungsfonds einzunehmen.

Die Banken haben viele Wege, sich vor der Zahlung zu drücken, berichtet Bankenexperte Michael Göttgens von der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Deloitte. Nach dem ersten Gesetzentwurf aus dem Bundesfinanzministerium

wären nur in Deutschland lizenzierte Kreditinstitute mit ihrem deutschen Geschäft betroffen. Niederlassungen ausländischer Banken, insbesondere aus anderen EU-Ländern, müssten nicht zahlen. Dies erhöhe für deutsche Banken den Anreiz, nicht nur Geschäfte ins Ausland zu verlagern. Es wäre auch möglich, dass die Banken über im EU-Ausland gegründete Töchter in Deutschland wieder aktiv werden und so die Abgabe umgehen.

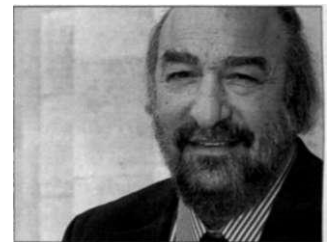
Kreativen Gestaltungsspielraum sieht Bankenexperte Göttgens auch bei der Refinanzierung der Banken. Zwar

wären die üblichen Interbankengeschäfte künftig abgabepflichtig und weniger attraktiv. Interessanter würde es dagegen für Banken, eine Zweckgesellschaft ohne Bankstatus zu gründen, diese mit einer Bürgschaft oder Kreditgarantie auszustatten und über sie Mittel am Kapitalmarkt einzusammeln, die von der Zweckgesellschaft als Kundeneinlage an die Bank weitergereicht werden. Der Trick: Kundeneinlagen und haftendes Eigenkapital bleiben bei der Berechnung der Abgabenhöhe unberücksichtigt. Insgesamt eröffne der Gesetzentwurf „Gestaltungsspielräume, die vor allem größere Banken nutzen können“, sagt Bankenfachmann Göttgens. Das Gesetz soll spätestens am 31. Dezember in Kraft treten.

[christian.ramthun@wiwo.de](mailto:christian.ramthun@wiwo.de) | Berlin

# zur Urlaubsgarantie ...Herr Nikitiadis

**Der griechische Staat will Touristen die Kosten erstatten, die ihnen durch Streiks und Naturkatastrophen entstehen. Alle Kosten?** Naturkatastrophen stehen niemals und nirgendwo unter irgendeiner Deckungsoption. Mit unserer Ankündigung beabsichtigen wir, Schäden zu decken, die in Zusammenhang mit politischen Entwicklungen stehen. Die Gesetzesvorlage, die in den nächsten Tagen verabschiedet wird, be-



**Georgios Nikitiadis, 57, ist seit Mai Griechenlands Vizeminister für Tourismus.**

rücksichtigt zusätzlich Schäden nur aus Vulkanausbrüchen. Sie wird auch die Kosten für Flugtickets decken, falls keine entsprechende Regelung durch die Fluggesellschaft vorgesehen ist.

**Bis wann bieten Sie die Kostenübernahme an?**

Die Regelung wird bis zum 31. Dezember 2010 gelten. Der Minister kann sie verlängern, solange es notwendig ist.

**Wie sehr leidet der Tourismus unter der Schuldenkrise?**

Der griechische Tourismus hat wiederholt seine große Widerstandsfähigkeit bewiesen. Es wäre jedoch Straußenpolitik, zu behaupten, dass die negativen finanzpolitischen Indikatoren den Ausbau einer touristischen Entwicklung erlauben, so wie wir sie wünschen.

[christian.schlesiger@wiwo.de](mailto:christian.schlesiger@wiwo.de)

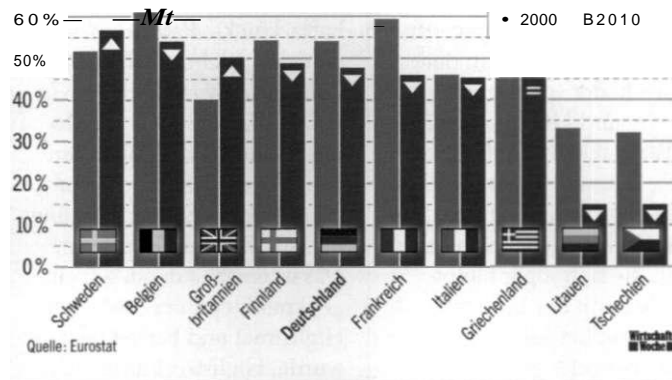
# CDU löst SPD ab

Der frühere CDU-Politiker Hans-Peter Reppnik, 63, soll den Sozialdemokraten Volker Hauff, 69, an der Spitze des Rats für nachhaltige Entwicklung ablösen. Die Wahl soll auf der Sitzung des Rats am 10. Juli erfolgen. Reppnik war von 1989 bis 1994 Staatssekretär im Bundesinnenministerium und leitete von 2002 bis 2005 das Duale System, das den Grünen Punkt vergibt. Hauff steht dem Rat seit dessen Gründung 2001 vor und war früher Bundesforschungsminister und dann Bundesverkehrsminister. Der Rat berät die Bundesregierung. Seine Jahreskonferenz am 27. September steht unter dem Motto „Die Uhr neu stellen: 2050“ (siehe Seite 76).

[christian.ramthun@wiwo.de](mailto:christian.ramthun@wiwo.de) | Berlin

## ARMER SCHWEDE

Die Spitzensteuersätze ausgewählter EU-Länder



# Über dem Schnitt

Die jüngste Diskussion um eine Anhebung des Spitzensatzes in der Einkommensteuer macht einen Blick ins benachbarte Ausland ratsam. Mit derzeit 47,5 Prozent einschließlich Soli und Reichensteuer liegt Deutschland nicht nur deutlich über dem Durchschnitt von 37,5 Prozent in den

27 EU-Staaten. Auch unter den 16 Euro-Ländern reißt die Bundesrepublik klar den Mittelwert von 42,4 Prozent. Trotzdem gibt es durchaus Länder mit deutlich höheren Spitzensteuersätzen, angeführt von Schweden mit 56,4 und Belgien mit 53,7 Prozent. Nachbar Frankreich besteuert Einkommen mit maximal 45,8 Prozent. Grundsätzlich gibt es in den weniger wohlhabenden EU-Staaten niedrigere Spitzensätze.

[christian.ramthun@wiwo.de](mailto:christian.ramthun@wiwo.de) | Berlin